



## *Rede im Plenum*

### **Ausweitung gebührenpflichtiger Polizeieinsätze prüfen**

**Wer nicht mit Anstand feiern kann oder sein Alkoholmaß überschreitet und deshalb Kosten für die Allgemeinheit verursacht, sollte nach Ansicht meiner Fraktion zumindest im Wege einer Gebühr daran beteiligt werden.**

Die Einsätze der Polizei sind für den Bürger in aller Regel kostenfrei. Daran soll sich auch künftig nichts ändern. Um es ganz deutlich zu sagen: Wer unverschuldet in Gefahr gerät oder Opfer einer Straftat wird, muss in einem Rechtsstaat Anspruch auf unentgeltliche polizeiliche Hilfe haben.

Eine Ausnahme von diesem Grundsatz gilt in NRW bislang nur für die Begleitung von Schwerlast-, Gefahrgut- und Werttransporten sowie für die fehlerhafte oder missbräuchliche Alarmierung der Polizei. Wenn man einmal über die Landesgrenzen Nordrhein-Westfalens blickt, wird man feststellen, dass andere Bundesländer den Kreis gebührenpflichtiger Polizeieinsätze inzwischen deutlich ausgeweitet haben. Solche Gebührentatbestände sind aus Sicht der CDU-Fraktion sinnvoll. Es leuchtet jedenfalls nicht ein, weshalb beispielsweise die finanziellen Folgen von Alkoholexzessen (verschmutzte Polizeifahrzeuge, Übernachtung in Ausnüchterungszellen, etc.) ausschließlich dem Steuerzahler aufgebürdet werden. Wir glauben, dass auch Nordrhein-Westfalen über eine Gebührenerhebung in solchen Fällen nachdenken sollte. Laut dem aktuellen Haushaltsplan unseres Landes schlagen diese Kosten nämlich mit jährlich 2 Millionen Euro zu Buche. 2 Millionen Euro, die allein der Steuerzahler aufbringen muss.

Ich werde hierzu heute Mittag gegen 13 Uhr im Plenum sprechen: <http://kurzlink.de/NRWlandtagLive>.

## *Brauchtum*

### **Keine Polizei mehr bei Martins-, Schützen- und Karnevalszügen?**

**Geht es nach dem Willen der Landesregierung, sollen künftig Polizisten nur noch in Einzelfällen Straßenumzüge begleiten. Die Sicherheitsmaßnahmen sollen komplett auf Brauchtumsvereine, Dorfgemeinschaften und Initiativen abgewälzt werden.**

Ob der Minister seine Androhung wahr machen wird, ist nach dem Diskussionsverlauf der letzten Tage offen. Ein angekündigter Erlass, der dazu führen würde, dass selbst Martinszüge nicht mehr durch die Polizei gesichert würden, hat das Landesinnenministerium bisher nicht veröffentlicht. Ich rate auch dringend davor ab. Unser Brauchtum ist schützens- und unterstützenswert.

## *Besucherguppe*

### **IGBCE-Niederaußem-Auenheim zu Gast**



**Gestern waren Mitglieder der Industriegewerkschaft für Bergbau, Chemie und Energie zu Besuch im Landtag.**

Nachdem die Gruppe die laufende Debatte im Plenum verfolgt hatte, diskutierten wir eine Stunde u.a. über sichere und bezahlbare Energieversorgung und teure Polizeieinsätze bei Fußballspielen. Abschließend war die Ortsgruppe zu Kaffee und Kuchen in der Landtagskantine eingeladen.

*- Landtag Aktuell erscheint wieder nach den Herbstferien -*